



## **Nicht anwesend sind:**

### Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	entschuldigt
--------------------	-----------	--------------

### **sachkundige Einwohner**

Frau Sabine Tischendorf	SPD	nicht entschuldigt
Frau Liane Woellner	SPD	entschuldigt

## **Schriftführer/in:**

Frau Susanne Gromoll Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Finanzen

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen und des nichtöffentlichen Teils vom 26. September 2018 /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
  
- 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
  
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  
- 4.1 Beteiligung und Information der Fraktionen während der Haushaltsaufstellung  
Vorlage: 18/SVV/0183  
Einreicher: Fraktionen CDU/ANW, SPD
  
- 4.2 Förderprogramme für Ateliers  
Vorlage: 18/SVV/0682  
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
  
- 4.3 Kostenloser Eintritt Potsdam Museum  
Vorlage: 18/SVV/0683  
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
  
- 4.4 Fun-Sporthalle - Standort Friedrich-Engels-Straße  
Vorlage: 18/SVV/0686  
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
  
- 4.5 Fläche für soziokulturelle Nutzung sichern  
Vorlage: 18/SVV/0743  
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
  
- 4.6 Stärkung des Stadtsportbunds Potsdam  
Vorlage: 18/SVV/0718  
Einreicher: Fraktionen CDU/ANW, SPD

- 4.7 Abfallgebührensatzung 2019  
Vorlage: 18/SVV/0722  
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit
- 4.8 Abfallentsorgungssatzung  
Vorlage: 18/SVV/0723  
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit
- 4.9 1. Aktionsplan: Masterplan 100% Klimaschutz bis 2050  
Vorlage: 18/SVV/0730  
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 4.10 Grundstückserwerb Krampnitz  
Vorlage: 18/SVV/0521  
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
- 4.11 Grundstücks- oder Gebäudeverkauf  
Vorlage: 18/SVV/0738  
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.12 Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Gebäuden  
Vorlage: 17/SVV/0604  
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
- 4.13 Bewirtschaftung des Volksparks  
Vorlage: 18/SVV/0744  
Einreicher: Fraktion CDU/ANW
- 4.14 Potsdamer Kinderstadtplan  
Vorlage: 18/SVV/0767  
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
- 4.15 Rückzahlung rechtswidriger Kita-Elternbeiträge  
Vorlage: 18/SVV/0417  
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
- 4.16 Rückzahlung von Kita-Elternbeiträgen für die Zeit vom 01.01.2016 bis 31.07.2018  
Vorlage: 18/SVV/0766  
Einreicher: Jugendhilfeausschuss
- 5 Mitteilungen der Verwaltung

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende Herr Heuer begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie die interessierten Bürgerinnen und Bürger zur 40. Öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

zu 2

**Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen und des nichtöffentlichen Teils vom 26. September 2018 /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 7 Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen anwesend.

In der Besprechung der Niederschrift der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung vom 26. September 2018 macht Frau Beck deutlich, dass entgegen der Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 4.5 „Keine Abführungen der städtischen Wohnungsgesellschaft an den Stadthaushalt“ DS 18/SVV/0520 keine Übergabe des gesamten Letter of Intent durch Herrn Jetschmanegg erfolgte. Die Fraktion DIE ANDERE habe im Nachgang der Sitzung im September festgestellt, dass das Dokument lediglich eine Anlage des Letter of Intent war. Dementsprechend bittet Frau Beck um Korrektur in der Niederschrift vom 26.09.2018. Weiterhin regt sie eine Übergabe des vollständigen Letters of Intent an und bezieht dabei auch die anderen Ausschussmitglieder mit ein. Herr Schüler, Herr Baron v.d. Osten gen. Sacken und Herr Kaminski schließen sich den Wunsch von Frau Beck an und bitten um Übersendung des Letter of Intent. Herr Heuer stellt nach Abschluss der Hinweise zur Niederschrift vom 26.09.2018 diese mit den benannten Änderungen von Frau Beck zur Abstimmung. Die so geänderte Niederschrift wird mehrheitlich bestätigt (Zustimmung 6; Ablehnung 0; Enthaltung 1).

Herr Heuer bespricht die vorliegende Tagesordnung:

Der Tagesordnungspunkt 4.5 „Fläche für soziokulturelle Nutzung sichern“ DS 18/SVV/0743 soll zurückgestellt werden, da die Voten der anderen Ausschüsse nicht vorliegen.

Der Tagesordnungspunkt 4.10 „Grundstückserwerb Krampnitz“ DS 18/SVV/0521 soll ebenfalls zurückgestellt werden. Hierzu führt Herr Dr. Bauer aus, dass ein anberaumter Termin verschoben werden musste und somit noch nicht stattgefunden hat.

Auch die Zurückstellung des Tagesordnungspunktes 4.11 „Grundstücks- oder Gebäudeverkauf“ DS 18/SVV/0738 wird vorgeschlagen.

Zum Tagesordnungspunkt 4.12 „Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Gebäuden“ DS 17/SVV/0604 wird mitgeteilt, dass im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr eine neue Fassung durch die Fraktion DIE LINKE, besprochen wurde. Diese liegt nicht allen Ausschussmitgliedern vor. Daher soll der Tagesordnungspunkt 4.12 zurückgestellt werden.

Die so geänderte Tagesordnung wird durch Herrn Heuer zur Abstimmung gestellt und einstimmig beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>7</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

### zu 3

### Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

Herr Heuer ruft den Tagesordnungspunkt auf und übergibt Herrn Exner das Wort. Herr Exner präsentiert Folien zu den Allgemeinen Zuweisungen 2018 und dem Steueraufkommen 2018. Er führt aus, dass es bei den Allgemeinen Zuweisungen keine wesentlichen Änderungen zu der letzten Darstellung im September 2018 gebe. Bei der Übersicht zum Steueraufkommen macht er deutlich, dass eine Veränderung in der Spalte Differenz Prognose – Plan eingetreten ist. Die Differenz von ca. 19 Mio. EUR beruhen auf einer aktualisierten Prognose vor allem bei den Gewerbesteuerereinnahmen. Weiterhin geht Herr Exner in seinen Ausführungen auf eine Pressemitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 01.11.2018 ein. In dieser wird mitgeteilt, dass die Steuerschätzung für die Jahre 2019 und 2020 geringer ausfallen wird, als bisher angenommen. Herr Exner erklärt, dass es sich dabei um eine geringere Steigerung des Steueraufkommens handeln wird, als noch im Mai 2018 angenommen.

In einem zweiten Abschnitt macht Herr Exner Ausführungen zu dem Thema „Beschleunigung der Aufstellung der Jahresabschlüsse“. Er stellt die IST-Situation dar und führt weiter zu den Maßnahmen zur Optimierung und Beschleunigung in der Aufstellung der Jahresabschlüsse und schließt seine Präsentation mit der Vorstellung einer Zeitschiene bis zum 4. Quartal 2019 ab.

Herr Heuer führt durch die Diskussion. Herr Dr. Bauer bezieht sich in seinem Beitrag auf die Antwort der kleinen Anfrage von Herrn Kirsch zu den Rückzahlungen der Kitabeträger. Wie wird haushaltstechnisch damit umgegangen, dass Rückzahlungen für die vergangenen Jahre beschlossen werden könnten, wenn im 2. Quartal 2019 der Jahresabschluss für die Haushaltsjahre fertig gestellt sein soll. Herr Exner antwortet, dass es sich in jedem Falle um eine Belastung handeln würde. Diese wird dann wirksam, wenn es zur Auszahlung kommt. Dies sollte also kein Grund sein, gegen eine Beschleunigung zu votieren.

Herr Dr. Wegewitz fordert auf, den Rechenschaftsbericht mündlich so transparent darzustellen, dass er nachvollziehbar ist. Der Ausschuss für Finanzen muss in die Lage versetzt werden seine Kontrollfunktion ausüben zu können. Herr Exner legt dar, dass es zu gegebener Zeit eine entsprechende Präsentation geben wird, ebenso muss das Rechnungsprüfungsamt den Rechenschaftsbericht bestätigen. Herr Baron v.d. Osten gen. Sacken merkt an, dass auch die Anlagen-, Forderungs- und Verbindlichkeitenübersicht immer interessant seien. Herr Exner erwidert, dass ab dem Jahresabschluss 2017 wieder alle Unterlagen komplett vorgelegt werden sollen. Herr Heuer verweist auf die Entscheidungsfindung des Ausschusses wenn die entsprechenden Vorlagen vorgestellt werden. Zu dem Zeitpunkt könne der Ausschuss entscheiden, ob die dargelegten Unterlagen ausreichend sind oder nicht.

Die Ausschussmitglieder haben keinen weiteren Diskussionsbedarf, somit schließt Herr Heuer den Tagesordnungspunkt und dankt Herrn Exner für seine Ausführungen.

## zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

### zu 4.1 Beteiligung und Information der Fraktionen während der Haushaltsaufstellung

**Vorlage: 18/SVV/0183**

Einreicher: Fraktionen CDU/ANW, SPD

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und berichtet, dass es zwischen Antragsteller und Verwaltung Gespräche gab, die zu einer Einigung geführt haben. Das Ergebnis wird als Tischvorlage ausgereicht. Herr Finken erläutert, dass ein Beteiligungsverfahren für die Fraktionen, wie im bereits beschlossenen Strategiedialog, sinnvoll ist.

Herr Heuer stellt die geänderte Fassung des Beschlusstextes, die als Tischvorlage ausgereicht wurde, zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage in geänderter Fassung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Beteiligungskonzept zu entwickeln, das für die Fraktionen frühest und größtmögliche Transparenz ermöglicht und frühzeitig erlaubt, sich mit den von der Verwaltung geforderten Mitteln für den neuen Haushalt zu befassen und rechtzeitig eigene politische Schwerpunkte zu setzen.~~

~~Das Konzept ist bis Ende 2018 zu entwickeln und als Beschlussvorlage zunächst dem Finanzausschuss vorzustellen.~~

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Verfahren zur Umsetzung des integrierten Strategiezyklus zu konkretisieren und aufzuzeigen, wie die Stadtverordnetenversammlung mit ihren Fraktionen dabei in die Haushaltsplanung einbezogen werden soll. Nach dem ersten Durchlauf erfolgt durch die Stadtverordnetenversammlung mit ihren Fraktionen und die Verwaltung eine gemeinsame Analyse dieses Prozesses mit dem Ziel, diesen Beteiligungsprozess im Sinne der Gesamtziele der Strategischen Steuerung zu optimieren.**

**Für die Stadtverordnetenversammlung soll so eine frühest- und größtmögliche Transparenz im Haushaltsaufstellungsverfahren geschaffen werden. Es soll die Möglichkeit eröffnet werden, sich im Rahmen der Vorbereitung des Strategiebeschlusses und des Haushaltsbeschlusses mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen und den von der Verwaltung vorgeschlagenen Zielen frühestmöglich zu befassen und eigene Schwerpunkte zu setzen.**

**Das oben genannte konkrete Verfahren – zur Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung mit ihren Fraktionen im Zuge des ersten Durchlaufs des integrierten Strategiezyklus – wird dem Finanzausschuss im ersten Quartal 2019 vorgestellt. Die gemeinsame Analyse des Verfahrens erfolgt unmittelbar nach der Durchführung des Strategiezyklus.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 1

**zu 4.2 Förderprogramme für Ateliers****Vorlage: 18/SVV/0682**

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herrn Kaminski das Wort. Dieser bringt die Drucksache ein und verweist auf das Votum des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft. Er unterstreicht, dass es sich um die Prüfung von Möglichkeiten einer Förderung von Ateliers für Künstlerinnen und Künstler handle. Frau Dr. Seemann ergänzt, dass nicht nur der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft, sondern auch der entsprechende Fachbereich den Vorstoß in der Unterstützung Bildender Künste begrüßt.

Herr Heuer fragt nach, ob es denn auch Förderprogramme geben soll, die ohne Eigenbeteiligung auskommen? Frau Dr. Seemann erläutert, dass in anderen Förderprogrammen eine Zuzahlung zur Miete vorgesehen ist. Der Fachbereich und der Geschäftsbereich können keine Kostenübernahme ermöglichen, solche Kosten sind nicht in den Haushalt eingeplant. Frau Schulze merkt an, dass der Prüfbericht diese Aufgaben enthalten sollte.

Herr Said fragt nach, ob das angedachte Künstlerhaus anstelle des Rechenzentrums solch eine Forderung nicht erübrigt. Frau Dr. Seemann führt aus, dass auch über das Rechenzentrum hinaus ein Bedarf besteht und es insbesondere wichtig ist für Künstlerinnen und Künstler, die woanders ihren Standort haben. Dazu bringt Herr Hohloch die weitere Frage ein, ob in dem Prüfbericht auch der tatsächliche Bedarf einfließt und genaue Zahlen hinterlegt werden. Frau Dr. Seemann nimmt das in die Prüfung mit auf.

Herr Heuer lässt über den Wortlaut des geänderten Antrags des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft, als Beschluss für den Ausschuss für Finanzen abstimmen. Dieser wird einstimmig angenommen.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage in der geänderten Fassung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, wie ein Förderprogramm für Ateliers von Künstlerinnen und Künstlern unter Beachtung zu erarbeitender Kriterien aufgelegt werden kann.

Das ~~Ergebnis~~ **Ein Zwischenbericht** der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung im ~~Januar 2019~~ **April 2019** vorzulegen.

**Das Endergebnis der Prüfung ist den Stadtverordneten im September 2019 vorzulegen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

**zu 4.3 Kostenloser Eintritt Potsdam Museum**  
**Vorlage: 18/SVV/0683**

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herrn Kaminski das Wort. Dieser bringt die Vorlage ein und erläutert das Votum des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft.

Anschließend übergibt Herr Heuer Herrn Wittenberg das Wort. Dieser stellt anhand einer Präsentation die Ergebnisse der Erprobungsphase einer kostenlosen Dauerausstellung dar. Er betont, dass die Sonderausstellung, auch während der Erprobung, nach wie vor kostenpflichtig ist. Im Ergebnis befürwortet die Verwaltung einen dauerhaften kostenfreien Eintritt für die Dauerausstellung. Eine verlässliche Schätzung des Mehraufwandes für Personal kann erst Ende 2019 abgegeben werden. Frau Dr. Seemann bestätigt auf Nachfrage, dass ein Ergebnis eines Prüfauftrages bis Januar vorliegen kann. Herr Exner ergänzt, dass eine Planung dafür im nächsten Doppelhaushalt vorgesehen werden könnte, so sei auch die Absprache mit der zuständigen Beigeordneten Frau Aubel. Frau Dr. Seemann bestätigt, dass eine Kompensation über den Geschäftsbereich und den Fachbereich in der derzeitigen Planung nicht möglich ist.

Herr Heinzel nimmt Bezug auf den Antragstext und weist darauf hin, dass der formulierte Prüfauftrag davon ausgeht, dass regelmäßig und dauerhaft mehr Steuereinnahmen erwartet werden. Er bittet den Antragsteller in der Formulierung sich konkret auf die wachsenden Steuereinnahmen für 2019 zu beziehen. Herr Kaminski bestätigt, dass sich in der Antragstellung auf das Jahr 2019 bezogen wurde.

Herr Hohloch stellt die Nachfrage, ob der 70 % Besucheranstieg korreliert mit dem kostenfreien Eintritt. Die Begründung für mehr Personalkosten müsste sich dann auf einen erhöhten Besucherstrom beziehen und nicht auf den kostenlosen Eintritt. Herr Wittenberg führt aus, das 2017 ein gutes Besucherjahr war und die Prognose für 2018 noch besser ausfällt. Die Aussagen der befragten Besucher seien nicht repräsentativ. Man habe aber trotzdem die Ergebnisse des 3-monatigen Probelaufs auf ein ganzes Jahr hochgerechnet. Herr Hohloch merkt an, dass dementsprechend ein genereller Besucheranstieg, auch ohne kostenlosen Eintritt, ein Personalwachstum bedingen würde.

Herr Schüler appelliert an die Antragsteller, dass ein kostenloser Eintritt unumkehrbar wäre und deshalb der Satz aus dem Prüfauftrag zu streichen sei.

Herr Heuer fragt nach, ob es gelungen sei die eigentliche Zielgruppe (Bürgerinnen und Bürger Potsdams) des Probeverfahrens zu erreichen. Herr Wittenberg verdeutlicht die eruierten Zahlen der Altersgruppe 18-25 Jahren der Potsdamerinnen und Potsdamer. Hier gab es eine Steigerung von 32 %.

Herr Kaminski schlägt für den Antragsteller vor, den Satzbaustein „aus wachsenden Steuereinnahmen möglich sind“ aus dem Antrag herauszunehmen. Dafür soll der Satz nun lauten. „Es ist zu prüfen, ob notwendige Gelder zur Kompensation der Eintrittsgelder und der notwendigen Mittel für Personal sichergestellt werden können.“



Herr Heuer lässt über den geänderten Wortlaut des geänderten Antrags des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft abstimmen. Dieser wird so einstimmig angenommen.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage in der geänderten Fassung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass ab 2019 der Eintritt in die Dauerausstellung des Potsdam Museums kostenlos ist.

**Es ist zu prüfen, ob notwendige Gelder zur Kompensation der Eintrittsgelder und der notwendigen Mittel für Personal sichergestellt werden können.**

Über das Ergebnis ist die Stadtverordnetenversammlung im Januar 2019 zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

**zu 4.4 Fun-Sporthalle - Standort Friedrich-Engels-Straße**

**Vorlage: 18/SVV/0686**

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt der Antragstellenden Fraktion das Wort. Herr Kaminski bringt entsprechend die Vorlage ein. Er verweist auf den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft. Der Bedarf sei eindeutig da und die vorgeschlagene Möglichkeit solle geprüft werden.

Herr Gessner spricht sich für die geänderte Fassung aus dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft aus und erklärt, dass der Ursprungstext die Verwaltung zu keiner positiven Positionierung gebracht hätte.

Herr Richter spricht sich ebenfalls für die geänderte Fassung aus und bittet um Ausdehnung des Prüfzeitraumes auf September 2019. Frau Schulze reagiert darauf mit einem Verweis auf die laufende Wahlperiode.

Abschließend stellt Herr Heuer den geänderten Antrag in Wortlaut des Votums des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft mit der Änderung – Offenhaltung des Berichtsdatums = Streichung des letzten Satzes – zur Abstimmung. Dieses wird einstimmig angenommen.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage in der geänderten Fassung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob der Standort Friedrich-Engels-Straße, der für die Errichtung von Leichtbauhallen vorbereitet ist, **bzw. weitere städtische Standorte**, dafür eingesetzt werden ~~kann~~ **können eine Leichtbauhallen als Fun-Sporthalle mit Skateranlage zu nutzen errichten**.

~~Der Stadtverordnetenversammlung ist im Januar 2019 zu berichten.~~

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>7</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmhaltung:	<b>0</b>

**zu 4.5 Fläche für soziokulturelle Nutzung sichern**

**Vorlage: 18/SVV/0743**

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

**zu 4.6 Stärkung des Stadtsportbunds Potsdam**

**Vorlage: 18/SVV/0718**

Einreicher: Fraktionen CDU/ANW, SPD

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herrn Heinzel das Wort. Dieser bringt den Antrag ein und erläutert, dass die Aufgaben des Stadtsportbundes zugenommen haben und so eine Verstärkung mit einer zusätzlichen Stelle sinnvoll wäre.

Herr Gessner führt weiter aus, dass durch die stetig wachsende Stadt auch ein Anstieg an Sportlerinnen und Sportler zu verzeichnen ist. Der Anstieg ist sogar stärker als das Einwohnerwachstum. Dadurch ist ein erhöhter Verwaltungsaufwand zu kompensieren. Der Fachbereich Bildung und Sport möchte einer Unterstützung für freiwillige Ehrenamtliche in Zusammenarbeit mit dem Stadtsportbund nachkommen.

Herr Heuer stellt den Antrag zur Abstimmung. Dieser wird mehrheitlich angenommen.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage in der vorliegenden Fassung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ab wann und wie für den Stadtsportbund (SSB) eine zusätzliche Stelle geschaffen werden kann. Dem Ausschuss für Bildung und Sport sowie dem Finanzausschuss ist im März 2019 zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

**zu 4.7 Abfallgebührensatzung 2019****Vorlage: 18/SVV/0722**

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und schlägt vor die Tagesordnungspunkte 4.7 „Abfallgebührensatzung 2019“ und 4.8 „Abfallentsorgungssatzung“ gemeinsam zu behandeln. Er übergibt anschließend Frau Prestin das Wort. Frau Prestin geht auf die Änderungsgründe in den beiden vorliegenden Satzungen ein und erläutert diese, wie in der Vorlage beschrieben.

Herr Schüler bringt Anmerkungen zu einem möglichen Schreibfehler ein und zu einem nicht eindeutig erkläraren Kostendelta in den beigefügten Darstellungen. Frau Prestin sichert eine dahingehende Berichtsüberprüfung bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung an Herrn Schüler zu.

Herr Hintze empfindet die Formulierung ungünstig – einer ausreichend breiten Straße. Frau Prestin klärt auf, dass die benötigte Straßenbreite festgelegt ist. Ebenso wurde mit den betroffenen Anwohnern gesprochen. Grundsätzlich besteht die Möglichkeit einen Transport von Abfallbehältern bis zu einer Entfernung von 250 Metern, durch die Grundstückseigentümer herbei führen zu lassen.

Frau Schulze fragt nach der Bewandnis des § 24 „Überlassung und Eigentumsübergang“ der Abfallentsorgungssatzung. Frau Prestin erklärt, dass dieser Paragraph wichtig sei, dass der entstandene Müll nicht herrenlos sei.

Herr Baron v.d. Osten gen. Sacken spricht das Maß an Unrechtsbewusstsein an bei der Beseitigung von Gartenabfällen in Wäldern, an Wegen etc. Eine kostenfreie Lösung könnte hier auch einen Beitrag für die Umwelt darstellen. Frau Prestin antwortet, dass bereits zweimal im Jahr eine kostenfreie Abholung von Gartenabfällen realisiert wird. Ein weiteres Angebot würde die Kosten wiederum steigen lassen. Gartenabfälle könnten aber auch durch die Biotonne entsorgt werden.

Herr Heuer stellt abschließend den Antrag zur Abstimmung. Dieser wird einstimmig angenommen.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage in der vorliegenden Fassung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Abfallgebührensatzung) 2019

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

**zu 4.8 Abfallentsorgungssatzung****Vorlage: 18/SVV/0723**

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und schlägt vor die Tagesordnungspunkte 4.7 „Abfallgebührensatzung 2019“ und 4.8 „Abfallentsorgungssatzung“ gemeinsam zu behandeln. Er übergibt anschließend Frau Prestin das Wort. Frau Prestin geht auf die Änderungsgründe in den beiden vorliegenden Satzungen ein und erläutert diese, wie in der Vorlage beschrieben.

Herr Schüler bringt Anmerkungen zu einem möglichen Schreibfehler ein und zu einem nicht eindeutig erkläraren Kostendelta in den beigefügten Darstellungen. Frau Prestin sichert eine dahingehende Berichtsüberprüfung bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung an Herrn Schüler zu.

Herr Hintze empfindet die Formulierung ungünstig – einer ausreichend breiten Straße. Frau Prestin klärt auf, dass die benötigte Straßenbreite festgelegt ist. Ebenso wurde mit den betroffenen Anwohnern gesprochen. Grundsätzlich besteht die Möglichkeit einen Transport von Abfallbehältern bis zu einer Entfernung von 250 Metern, durch die Grundstückseigentümer herbei führen zu lassen.

Frau Schulze fragt nach der Bewandnis des § 24 „Überlassung und Eigentumsübergang“ der Abfallentsorgungssatzung. Frau Prestin erklärt, dass dieser Paragraph wichtig sei, dass der entstandene Müll nicht herrenlos sei.

Herr Baron v.d. Osten gen. Sacken spricht das Maß an Unrechtsbewusstsein an bei der Beseitigung von Gartenabfällen in Wäldern, an Wegen etc. Eine kostenfreie Lösung könnte hier auch einen Beitrag für die Umwelt darstellen. Frau Prestin antwortet, dass bereits zweimal im Jahr eine kostenfreie Abholung von Gartenabfällen realisiert wird. Ein weiteres Angebot würde die Kosten wiederum steigen lassen. Gartenabfälle könnten aber auch durch die Biotonne entsorgt werden.

Herr Heuer stellt abschließend den Antrag zur Abstimmung. Dieser wird einstimmig angenommen.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage in der vorliegenden Fassung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Satzung über die Abfallentsorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Abfallentsorgungssatzung)

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

**zu 4.9 1. Aktionsplan: Masterplan 100% Klimaschutz bis 2050**  
**Vorlage: 18/SVV/0730**

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Frau Lippert das Wort. Diese wirbt um Zustimmung für das eingereichte Konzept mit Hilfe einer Präsentation. Sie erläutert, dass es dieses Konzept das Verfahren des geplanten Vorgehens darstellt. Mit der Beschlussfassung wird somit die Aufgabenstellung und Arbeitsweise konkretisiert.

Es ergeben sich keine weiteren Nachfragen. Entsprechend stellt Herr Heuer die Vorlage zur Abstimmung, die einstimmig angenommen wird.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage in der vorliegenden Fassung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Den „1. Aktionsplan“ mit den darin aufgeführten kurz- und mittelfristigen Maßnahmen sowie Strategien zur Umsetzung „Masterplan 100% Klimaschutz bis 2050“ gemäß Anlage.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit zur Umsetzung der Maßnahmen Fördermittel zur Verfügung stehen und wenn ja, diese vorrangig in Anspruch zu nehmen.
3. Der „1. Aktionsplan“ ist alle zwei Jahre zu aktualisieren und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen; erstmals im 4. Quartal 2020.
4. Ein Monitoring und Controlling wie folgt:
  - a) für die im 1. Aktionsplan genannten Maßnahmen (Anlage 1) – jährlich, als kurzer Statuscheck
  - b) für die mittelfristigen Strategien und die Klima- und Energiebilanz – alle 2 Jahre (Klimabericht)
  - c) für alle im Konzept genannten kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen und Strategien – alle 6 JahreDie Beschlüsse zur Berichterstattung Klimabericht und Energie- und Klimaschutzmanagement sind in diese Berichterstattung zu integrieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

**zu 4.10 Grundstückserwerb Krampnitz**  
**Vorlage: 18/SVV/0521**

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

zurückgestellt

**zu 4.11 Grundstücks- oder Gebäudeverkauf**  
**Vorlage: 18/SVV/0738**  
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

**zu 4.12 Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Gebäuden**  
**Vorlage: 17/SVV/0604**  
Einreicher: Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

**zu 4.13 Bewirtschaftung des Volksparks**  
**Vorlage: 18/SVV/0744**  
Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herrn Finken für die antragstellende Fraktion CDU/ANW das Wort. Herr Finken bringt den Antrag ein und legt dar, dass die Antragsteller den Satz „Die ggf. erforderlichen Haushaltsmittel sind zu ermitteln und in den nächsten Haushalt einzustellen“ streichen lassen. Es gibt keine Nachfragen. Herr Heuer stellt die so geänderte Fassung zur Abstimmung. Diese wird mehrheitlich angenommen.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage in der geänderten Fassung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Bewirtschaftungsmodell für den Volkspark zu entwickeln, das die jetzige Bewirtschaftungsform spätestens ab dem Abschluss der Entwicklungsmaßnahme Bornstedter Feld ablöst.

Dabei sind die Erfahrungen mit dem jetzigen Modell auszuwerten und Synergieeffekte mit der Folgenutzung der Biosphärenhalle festzustellen und zu nutzen. Die Ergebnisse des Workshops zur Nachnutzung der Biosphärenhalle sowie die sich daraus ergebenden Entscheidungen sind zu berücksichtigen. ~~Die ggf. erforderlichen Haushaltsmittel sind zu ermitteln und in den nächsten Haushalt einzustellen.~~ Ziel ist es, für den Potsdamer Norden eine beliebte Naherholungsstätte und für ganz Potsdam eine beliebte Freizeitanlage mindestens in der jetzigen Qualität zu erhalten.

Das Ergebnis ist bis Ende April 2019 vorzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>6</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 4.14 Potsdamer Kinderstadtplan**  
**Vorlage: 18/SVV/0767**  
Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt. Er teilt mit, dass durch die Fraktion DIE LINKE ein Rederecht für Frau Parthum beantragt wurde. Gegen das Rederecht gibt es keine Einwände. Somit wird das Wort an Frau Parthum übergeben. Sie berichtet von dem fast 18-jährigen Bestehen des Potsdamer Kinderstadtplans und der konsequenten Kinder- und Jugendbeteiligung. Der Potsdamer Kinderstadtplan „Hast'n Plan“ war bisher immer ein Projekt, daher wird es auch immer schwieriger neue Fördermittel zu akquirieren. Ein dauerhafter Grundzuschuss wird als notwendig angesehen, auch um das Onlineangebot zu erweitern. Frau Schulze bittet um Zustimmung des Antrages, da diese Form der Beteiligung von Kinder und Jugendlichen unbedingt weitergehen soll. Herr Tölke sieht darin eine fachlich sinnvolle Notwendigkeit, erläutert jedoch, dass aktuell in 2019 keine Mittel zur Verfügung stehen.

Herr Heuer stellt die Möglichkeit den Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln dar. Frau Schulze fragt bei Herrn Tölke nach einer realistischen Einschätzung für einen Prüfauftrag. Herr Tölke stellt in Aussicht, bei einer entsprechenden Beschlussfassung, die Prüfung nach finanziellen Spielräumen vorzunehmen. Herr Schüler wendet sich an den Antragsteller und gibt zu bedenken, die in dem Antrag favorisierten Personalmittel zur Finanzierung des Projektes so festzuschreiben. Frau Schulze erklärt, dass der Bezug zu den nicht verwendeten Personalmitteln aus der Antwort der Kleinen Anfrage an den Geschäftsbereich 3 resultieren.

Herr Exner verweist auf den aktuellen Doppelhaushalt, somit können neue Mittel für das Projekt „Hast'n Plan“ erst in den nächsten Doppelhaushalt 2020/2021 eingeplant werden. Er schlägt vor, eine Prüfformulierung für den derzeitigen Antrag zu finden.

Frau Schulze formuliert, als antragstellende Fraktion, den Antrag in einen Prüfauftrag um.

Herr Said merkt an, dass er den Antrag/ Prüfauftrag begrüße, aber die Form der farblichen Kennzeichnung in dem Plan für das Freiland geändert werden sollte.

Herr Heuer stellt den von Frau Schulze geänderten Antrag zur Abstimmung. Dieser wird einstimmig angenommen.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage in der geänderten Fassung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zur Fortführung des Projekts Potsdamer Kinderstadtplan „Hast'n Plan“ **werden soll geprüft werden, ob** in den Haushaltsjahren 2019 und 2020 jeweils 30.000,00 Euro bereitgestellt **werden können**.

~~Die Deckung erfolgt aus eingesparten Personalmitteln durch unbesetzte Stellen im Geschäftsbereich 3, Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung.~~

Mit dem Entwurf des Doppelhaushalts 2020/2021 möge der Oberbürgermeister einen Vorschlag zur Regelfinanzierung des Projekts vorlegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

**zu 4.15 Rückzahlung rechtswidriger Kita-Elternbeiträge****Vorlage: 18/SVV/0417**

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und erklärt, dass sich die heutige Befassung auf eine 1. Lesung stützt.

Herr Heuer übergibt Herrn Bauer das Wort, zur Einbringung der Drucksache. Herr Bauer legt die Beweggründe der Fraktion zur Antragsformulierung dar. U.a. sieht die Fraktion die Stadt in der Bringschuld. Herr Tölke reagiert auf die Aussagen von Herrn Bauer, dass es derzeit nicht erwiesen ist, dass es einen unstreitig erwiesenen Rechtsanspruch durch das aktuelle Urteil aus Berlin gibt.

Herr Baron von der Osten gen. Sacken erklärt, dass die Satzung der Stadt nichtig sei, weil die Kommune selbst keine Einrichtung unterhält. Die Unterbringungsverträge sind nicht nichtig. Er bittet weiterhin darum, mit den Anspruchskonstellationen vorsichtig umzugehen, da die Anspruchsgrundlage noch nicht geklärt sei. Ein Antrag auf Verzicht der Verjährung sieht er als nicht zielführend an. Herr Schüler stimmt Herrn Baron von der Osten gen. Sacken zu. Er kann dem Antrag so nicht zustimmen. Aus seiner Sicht hat die Stadt selbst kein Geld bekommen, also kann sie auch keins zurückzahlen.

Herr Rindfleisch verweist auf die aktuelle Anfrage von Herrn Kirsch.

Herr Heuer bezieht sich auf das Schreiben der Landeshauptstadt Potsdam vom 22. November 2018, indem ein Einwendungsverzicht erklärt wurde. Somit wäre der Ziffer 2 des Antrages bereits erfüllt. Herr Tölke stimmt dieser Auffassung zu.

Eine weiterführende Behandlung und Befassung des Antrages wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen stattfinden. Herr Heuer schließt den Tagesordnungspunkt.

**zu 4.16 Rückzahlung von Kita-Elternbeiträgen für die Zeit vom 01.01.2016 bis 31.07.2018****Vorlage: 18/SVV/0766**

Einreicher: Jugendhilfeausschuss

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und erklärt, dass es sich auch bei diesem Tagesordnungspunkt um eine 1. Lesung handelt. Er übergibt Herrn Kolesnyk, als Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses und in diesem Fall Antragsstellenden, das Wort. Dieser bringt den Antrag ein und erläutert diesen. Unter anderem führt er aus, wie mithilfe des Mediationsverfahrens der Vorschlag, der in dem Antrag formuliert wurde, herausgearbeitet wurde. Von der Gesamtsumme müssen die Personalkosten noch in Abzug gebracht werden. Grundsätzlich sollen alle Eltern etwas bekommen.



Herr Baron von der Osten gen. Sacken wiederholt seinen Standpunkt aus dem vorherigen Tagesordnungspunkt. Man sei von einer Sittenwidrigkeit weit entfernt und es wäre gut überlegt, die Verwendung der 20 Millionen Euro an dieser Stelle zu überdenken. Auch Herr Schüler bekräftigt seine Aussage aus dem letzten Tagesordnungspunkt und legt dar, dass die Eltern von der Stadt nichts zu erwarten haben, da sich die Zahlungsebene zwischen Eltern und jeweiligen Trägern befindet. Ebenso wisse man aktuell auch nicht, was die Träger tatsächlich auszahlen, denn nur das kann Grundlage sein, welche monetäre Höhe die Träger bei der Stadt einfordern können.

Herr Heuer verweist auf die 1. Lesung und schlägt vor Fragen zu sammeln, die dann von der Verwaltung beantwortet werden sollen.

Herr Tölke verweist auf die Mitteilungsvorlage DS 18/SVV/0491. Dort ist der Sachverhalt ausführlich dargestellt worden.

Herr Bauer fragt nach, wie viel Personalmittel nicht in Abzug gebracht wurden. Weiterhin fragt er nach, welchen Unterschied es zwischen Hort und Kita gibt. Herr Tölke verweist auf einen degressiven Verlauf bis zum Jahre 2016.

Herr Schüler wendet ein, dass sich die Stadt bekennen sollte, welche Abhängigkeiten sich aus dem Antrag ergeben. Auf dieser vorliegenden Basis ist keine Entscheidungsfindung möglich.

Herrn Finken fehlt eine Stellungnahme der Verwaltung zu dem Antrag des Jugendhilfeausschusses. Aus seiner Sicht sollten weiterhin die Unterlagen des Mediationsverfahrens dem Antrag beigelegt sein.

Herr Tölke fasst zusammen, dass nur die Ergebnisse eines Mediationsverfahrens an die Öffentlichkeit gelangen, kein Verlauf der Diskussionen. Darauf habe man sich auch zu Beginn des Verfahrens verständigt. Herr Kolesnyk führt aus, dass das Ergebnis des Verfahrens eine Empfehlung an den Ausschuss ist. Daher hat der Jugendhilfeausschuss daraus einen Antrag formuliert.

Herr Heuer fragt nach, ob aus dem im Umlauf befindlichen Elternbrief, eine weitere Forderung oder neue Forderung der Eltern zu erwarten ist.

Herr Tölke gibt Auskunft, dass es Klagen geben könnte, im Einzelfall ist ihm aber dazu nichts bekannt.

Herr Heuer fragt weiter nach, auf welcher Kostenbasis die Geschwisterregelung basiert. Die Kostenbasis ist noch nicht abschließend, erklärt Herr Tölke.

Herr Heuer formuliert Fragen an die Verwaltung:

- Er möchte konkret wissen, welche Daten tatsächlich falsch berechnet wurden oder welche sehr strittig sind, um die Forderungshöhe einkalkulieren zu können.
- Wie hoch ist der Anteil von freiwilligen Leistungen bei dem Mediationsergebnis?
- Wie wird gesichert, dass es die Umsetzung des Antrages tatsächlich zu einem Verfahrensende führt?
- Wie kann das Geld bereitgestellt werden? Ist ein Nachtragshaushalt notwendig?

Herr Bauer ergänzt den Fragenkatalog:

- Wieviel Geld ist nicht aus der Kalkulation abgezogen worden, dass die Stadt vom Land bekommen hat?
- Gibt es einen Indikator für die Häufigkeit von möglichen Restklagen?
- In Bezug auf die Freiwilligkeit - Was sind nahezu pflichtige Leistungen und was nicht?

Herr Heuer bittet die Verwaltung um Beantwortung des Fragenkatalogs in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen im Dezember. Anschließend schließt er den Tagesordnungspunkt.

## **zu 5      Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und befragt die Verwaltung, ob Mitteilungen an den Ausschuss für Finanzen folgen. Die Verwaltung erklärt keine Mitteilungen an den Ausschuss zu haben. Somit schließt Herr Heuer den Tagesordnungspunkt.

Herr Heuer bedankt sich bei allen Anwesenden und beendet die 40. Sitzung des Ausschusses für Finanzen.